

Datenschutzhinweise nach Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Zusammenhang mit Auskünften und der Datenerhebung durch das Stadtjugendamt Schweinfurt

Aufgabe: Erhebung einer Kostenbeteiligung nach dem SGB VIII/ Prüfung einer Kostenübernahme nach dem SGB VIII – Wirtschaftliche Jugendhilfe -

1. Wer ist für die Datenerhebung verantwortlich?

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die

Stadt Schweinfurt
Der Oberbürgermeister
Markt 1, 97421 Schweinfurt
Telefon: 09721 51 -0
E-Mail: stadt@schweinfurt.de

Verarbeitende Stelle innerhalb der Stadt Schweinfurt ist:

Stadtjugendamt Schweinfurt
Stadtjugendamt
Markt1
97421 Schweinfurt

2. Wer ist der zuständige Datenschutzbeauftragte?

Stadt Schweinfurt
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Markt 1, 97421 Schweinfurt
Telefon: 09721 51 2643
E-Mail: datenschutz@schweinfurt.de

3. Wofür werden Ihre Daten erhoben und verarbeitet? Was ist die Rechtsgrundlage?

a) Hilfen zur Erziehung:

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben und verarbeitet, um bei stationären und teilstationären Maßnahmen gemäß § 91 ff SGB VIII einen Kostenbeitrag prüfen und gegebenenfalls bei Ihnen erheben zu können.

b) Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege:

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um bei einem Antrag auf Erlass eines Kostenbeitrages oder Übernahme eines Teilnahmebeitrages gemäß § 90 Abs. 3 SGB VIII eine Kostenbeteiligung erheben zu können oder die (teilweise) Kostenübernahme prüfen und gegebenenfalls gewähren zu können.

Weitere Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit § 61 ff. SGB VIII.

4. Wo erheben wir Ihre Daten?

Grundsätzlich erheben wir Ihre Daten von Ihnen selbst.

Sofern wir Ihre Daten nicht von Ihnen selbst erhalten, erheben wir Ihre Daten, nur soweit im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich, bei folgenden Stellen:

- dem anderen Elternteil
- dem Bayerischen Behördeninformationssystem (BayBIS) (bei Meldedaten)
- der zuständigen Meldebehörde
- der zuständigen Ausländerbehörde
- Sozialleistungsträgern (u.a. Krankenkassen, Rentenversicherung)
- Ihrem Arbeitgeber
- der zuständigen Auslandsvertretung
- Justizbehörden
- der Polizei
- auf allgemein zugänglichen Internetseiten.

Bei einem Antrag auf Kostenübernahme von Teilnahmebeiträgen von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege werden Daten ausschließlich von Ihnen selbst erhoben. Werden die erforderlichen Daten nicht oder nicht vollständig von Ihnen angegeben, kann die Hilfe ganz oder teilweise versagt werden (§ 60, § 61, § 66 SGB I).

5. Welche Daten werden erhoben und verarbeitet?

Wir verarbeiten soweit im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- a) Stammdaten inkl. Kontaktdaten: Aktenzeichen, Name und Vorname des Kindes und beider Elternteile, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer, Familienstand, Kindschaftsverhältnis, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Beruf, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, ggf. Art und Dauer des Bezugs von Sozialleistungen, Einkommen, Angaben zu weiteren Kindern und Ehe- und Lebenspartner/innen/n
- b) Gesundheitsdaten, weitere Sozialdaten, Sorgerechtsverhältnisse, Bildungsgrad, Verdienstbescheinigungen, Vermögensnachweise, Verbindlichkeiten, Kreditbelastungen, Daten zur Krankenversicherung, Rentenversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

6. An welche Stellen werden Ihre Daten weitergegeben?

Ihre personenbezogenen Daten werden soweit erforderlich weitergeben an:

- Sozialversicherungsträger z.B. Jobcenter
- an ein kostenerstattungspflichtiges Jugendamt oder den überörtlichen Träger

7. Wie lange werden Ihre Daten bei uns gespeichert?

Die von Ihnen gemachten Angaben speichern wir in elektronischer Form (in einem Rechenzentrum, auf einem Server) und in Papierform.

Die Daten werden für 10 Jahre nach Abschluss der Maßnahme gespeichert (Ende des Jahres in dem das letzte Schriftstück zur Akte beigefügt wurde).

8. Welche Rechte haben Sie?

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, stehen Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine Erklärung eingewilligt haben können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede Betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Aufsichtsbehörde für den öffentlichen Bereich in Bayern ist:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Wagmüllerstraße 18
80538 München
Tel.: 089 21 26 72-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de